

die heute noch die Leitung der Wirtschaft in Westdeutschland in Händen haben. Über Sozialisierung ist lange genug geredet worden. Was braucht man jetzt? Man braucht die Liste der Betriebe, der Konzerne, damit die ganze Bevölkerung weiß: diese Betriebe sind Betriebe der Konzerne, der Kriegsverbrecher; die Besitzer, Aktionäre und Direktoren dieser Betriebe sind die Verantwortlichen für das Unglück des deutschen Volkes. Also kein allgemeines Gerede. Manche Leute, auch in Berlin, reden viel von „Sozialisierung“, aber wenn man eine Liste aufstellen will und an die Spitze AEG und Siemens setzt, sagen sie plötzlich: Ja, so haben wir das nicht verstanden! (Lachen.) Ich glaube, daß es an der Zeit ist, mit dem allgemeinen Gerede von Sozialisierung Schluß zu machen und in allen Gebieten West- und Süddeutschlands die Belegschaften, die Gewerkschaftsmitglieder, alle Antifaschisten und Demokraten dafür zu mobilisieren, daß die Betriebe der Konzerne und Kriegsverbrecher enteignet werden. Denn wenn das Volk nicht die Betriebe der Konzernherren und Kriegsverbrecher enteignet, dann werden die Kriegsverbrecher wiederum das Volk ausplündern und in eine neue Katastrophe treiben. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Liebe Genossen, einer kann nur existieren, entweder das schaffende Volk lebt und arbeitet und baut Deutschland auf oder die Konzernherren bleiben im Besitz ihrer Macht, und dann wird es dem arbeitenden Volke schlecht gehen. Einer von beiden kann nur leben, entweder das Volk oder die Konzernherren. (Lebhafter Beifall.)

Ein Wort an die sozialdemokratischen Genossen

Und nun gestattet mir zum Schluß ein Wort an die sozialdemokratischen Genossen und an die Gewerkschaftsmitglieder in Westdeutschland. Ich habe sorgfältig eine Reihe Reden von sozialdemokratischen Funktionären und Beschlüsse von Gewerkschaften gelesen. Im Beschluß der Leitung der Freien Gewerkschaften für die britische Besatzungszone wird zum Marshall-Plan erklärt, daß sie den Plan als erstmaligen Versuch einer gesamteuropäischen Lösung begrüßen, und dann sagen sie, sie bedauern, daß kein Vertreter des deutschen Volkes zu den Verhandlungen hinzugezogen wurde. Sie bedauern das nicht nur, sondern erklären weiter, daß es notwendig ist, daß die europäischen Völker einschließlich Deutschland in demokratischer Freiheit ihre Sozial- und Wirtschaftsordnung selbst bestimmen. (Lachen.) Wir sind mit diesen Gewerkschaftskollegen völlig darin einverstanden, daß das deutsche